



Frieden sichern

Gespräch mit Herbert Graf. Über Kontakte zwischen Moskau und Washington, um einen Krieg zu vermeiden, und über Walter Ulbricht, der dafür an den Pranger kam. Außerdem: Schwarzer Kanal zur FAZ, die sich den Folgen des Anschlusses der DDR widmet. Reportage aus der Westbank

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 12./13. AUGUST 2017 · NR. 186 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Hungerstreik

Türkische Gefangene leiden: Semih Özakca und Nuriye Gülmen in schlechter Verfassung

2

Ausnahmezustand

Krise an allen Fronten, Krieg gegen die Armen: Das politische und soziale Desaster in Brasilien

3

Kirchenasyl

Bayerns Justiz geht gegen Christen vor, weil diese Geflüchteten Unterschlupf und Schutz gewähren

4

Eigen-Sinn

Der beschleunigte Kapitalismus erzeugt das Bedürfnis nach Identität. Von Götz Eisenberg

12



Alles so schön gruselig hier

Merkel im Mekka des Antikommunismus: Ehemaliger Stasiknast wird vor dem Mauerbau-Jahrestag zur Wahlkampfarena. Von Michael Merz

WOLFGANG KUNIMPOUL/REUTERS

Der »Linksradikalismus« müsse »bekämpft« werden, sagte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag in Berlin-Hohenschönhausen

Das mediale Sommerloch muss gefüllt werden. Kaum aus dem Urlaub zurück, stürzte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag in den Bundestagswahlkampf. Doch mit welchen Themen, wenn sich die Regierungschefin und ihre Partei ausschließlich mit nichtssagenden Floskeln zur Schau stellen? Die zündende Idee: DDR geht immer. Gregor Gysi (Die Linke) hatte ja in dieser Woche auch ins Schwarze getroffen und mit seiner Aufforderung, sich wie einst im Osten am Badestrand nackig zu machen, die Titelseite der *Bild* erobert. Mit Hemd und Hose posierte er für eine Fotostrecke in der Dienstausgabe neben FKK-Fans am Müggelsee.

Eine Neuauflage der plumpen Rote-Socken-Kampagne von Mitte der 90er Jahre sollte es für Merkel aber dann doch nicht werden. Kurz vor dem Jahrestag des Mauerbaus am 13. August zog es sie ins Mekka des Antikommunismus,

das ehemalige Gefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen. Hier wird gerade für knapp neun Millionen Euro, bezahlt von Bund und Land Berlin, die Fassade aufgefrischt. Und noch ein weiterer Anlass ließ sich aus dem Hut zaubern, die »Arbeit gegen Linksradikalismus« für die sie die Gedenkstätte ausdrücklich lobte. »Denn das sind Erscheinungsformen von heute, die wir nicht negieren können, sondern um deren Bekämpfung wir uns kümmern müssen. Dieser Ort ist besser als andere geeignet, dass wir dies auch authentisch tun können«, postulierte sie nach dem Besuch des früheren Knastes. Hohenschönhausen-Chef Hubertus Knabe, der sein Horrorkabinett gegenüber der *Berliner Zeitung* im Jahr 2000 schon mal als »Dachau des Kommunismus« bezeichnet hatte, stand beseelt daneben.

Der Frau, die in der DDR Karriere in der Wissenschaft gemacht hatte, be-

reitete Knabe den ganz großen Bahnhof. Dutzende Journalisten wurden zunächst in den Innenhof des ehemaligen Gefängnisses geleitet und warteten dort auf die Kanzlerin. Wie von Geisterhand schlossen sich zwei riesige Eingangstore. Ganz um Authentizität bemüht dann der Auftritt Merkels: Flankiert von Knabe, der Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) und Berlins Kultursenator Klaus Lederer (Die Linke) wurde sie »eingeschleust«. Lederer, dem so viel Schützenhilfe im CDU-Wahlkampf wohl etwas unheimlich wurde, setzte sich noch vor dem einstündigen Rundgang durch die früheren Knastgebäude schnell wieder aus der Besuchergruppe ab. Seine Partei, stets bemüht darum, sich von den Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR von 1961 zu distanzieren, plaktierte am selben Tag einen Spruch zum Mauerbau-Jahrestag am Karl-Liebknecht-Haus in Berlin-Mitte: »Schon eine Mauer war zuviel«, prangt

da in riesigen Lettern seit Freitag neben einem weiteren Riesenposter, das auf das »Wahlquartier Die Linke« hinweist. Der Kultursenator wird noch einmal am Sonntag zum Zuge kommen und mit Grütters bei der offiziellen Gedenkveranstaltung nach einer Andacht in der »Kapelle der Versöhnung« am Mauer-Museum in der Bernauer Straße einen Kranz niederlegen.

Selbiges tat Merkel am Freitag in Hohenschönhausen, besser gesagt zupfte sie Schleifchen eines Blumenbindes an einem Stein für die »Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft 1945–1989« zurecht. Bewegt zeigte sich Merkel noch von einem »Schlüssel aus Bautzen«, der ihr übergeben wurde und den sie nun im Kanzleramt aufhängen wolle. Das »Unrecht in der DDR« dürfe nicht in Vergessenheit geraten, sagte sie, bevor sie wieder in ihre Limousine stieg.

■ Siehe Seite 4

Sommer des Widerstands
3 Monate jW für
62 Euro*
(statt: 110,20 €)
■ Siehe Seite 16

USA provozieren im Südchinesischen Meer

Beijing. China hat scharf gegen das Manöver eines US-Kriegsschiffes im Südchinesischen Meer protestiert. Der Zerstörer »USS John S. McCain« sei illegal in das Seegebiet um ein Riff der Spratly-Inseln eingedrungen, kritisierte der Sprecher des Außenministeriums, Geng Shuang, am Freitag in Beijing. »Ein solches Vorgehen untergräbt ernsthaft Chinas Souveränität und Sicherheit.« Geng kündigte an, dass Beijing offiziell Protest in Washington einlegen werde.

Mit der Durchquerung der Zwölfmeilenzone um die von China beanspruchten, künstlich aufgeschütteten Atolle wollten die USA am Donnerstag nach eigenem Bekunden für die »Freiheit der Schifffahrt« eintreten. Es war das dritte Manöver dieser Art seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump im Januar. (AFP/dpa/jW)

Merkel hält Angriffskrieg für »nicht geboten«

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat vor einer Verschärfung des Korea-Konfliktes gewarnt und zugleich deutlich gemacht, dass die BRD sich nur nichtmilitärisch engagieren werde. Auch rief sie zur verbalen Mäßigung auf: »Die Eskalation der Sprache (wird) nicht zu einer Lösung des Konflikts beitragen«, sagte Merkel am Freitag in Berlin zum Thema der von US-Präsident Donald Trump ausgesprochenen Atomkriegsdrohung und der Ankündigung möglicher Raketenabschüsse durch DVRK-Chef Kim Jong Un. Wichtig sei jetzt eine internationale Abstimmung, besonders zwischen den USA und China. »Deutschland wird hier bei den Lösungsmöglichkeiten, die wir sehen – nichtmilitärischer Art –, sehr intensiv mit dabei sein«, frohlockte Merkel. Einen militärischen Angriff auf Nordkorea, ob nuklear oder konventionell, »nicht für geboten«. (Reuters/dpa/AFP/jW)

■ Siehe Seiten 6 und 8

jW wird herausgegeben von 2.066 Genossinnen und Genossen (Stand 25.7.2017)
www.jungewelt.de/lpg



Überfahren und verhöhnt

Autofahrer sollen ägyptische Studentin in Cottbus ermordet haben. Beamte ignorierten Hinweise

Die 22jährige Shaden M., Austauschstudentin aus Ägypten, schlendert mit ihren Kommilitonen von der Technischen Universität durch die Innenstadt von Cottbus. Es ist ein Samstag abend, der 31. März des Jahres. Auf einer einspurigen Tempo-30-Straße zwischen Trambahnhof und Fußgängerzone am Berliner Platz wird sie von einem Auto voll erfasst. Sie wird dabei so schwer verletzt, dass es keine Hoffnung auf Genesung gibt, sie ist tot. Nach drei Tagen stellen die Ärzte der Intensivstation die Apparate ab.

Zunächst gingen Polizei und Regionalmedien von einem »tragischen Unfall mit Todesfolge« aus. Erst nachdem eine beherzte linksextreme Schülerin ein Flugblatt verteilte, das begründeten Zweifel an der einhelligen Meinung aufkommen ließ, wurden Ermittlungen eingeleitet.

Ein Bericht des *RBB* vom Freitag erhärtet nun den Mordverdacht: Der Wagen habe vor dem Aufprall auf Shaden M. Augenzeugen zufolge derart stark beschleunigt, dass nur Vorsätzlichkeit in Frage komme. Die Geschwindigkeit des Wagens habe weit oberhalb der

erlaubten 30 Kilometer pro Stunde gelegen, der Wagen sei nach dem Unfall weitergefahren. Die Insassen hätten später das Opfer rassistisch verhöhnt.

Laut dem Bericht beschreibt Momen Nabil, Studienkollege der Ägypterin, den Tathergang so: »Wir hörten plötzlich hinter uns ein Auto beschleunigen. Es beschleunigte immer mehr. Schaden ging uns voraus. Der Wagen traf sie heftig. Sie landete auf dem Bürgersteig bei der Straßenbahnhaltestelle, und der Fahrer fuhr einfach weiter, ohne seine Geschwindigkeit zu verringern.« Wie ein unbeteiligter Zeuge noch am

Abend des 31. März bestätigte, sollen die Insassen des Wagens zu Fuß an den Unfallort zurückgekommen sein – und dort lauthals und lachend geäußert haben: »Verpiss dich doch einfach wieder in euer Land, dann werdet ihr nicht angefahren – scheiß Asylanten.« Die Polizei habe das bewusst ignoriert.

Die Staatsanwaltschaft will ein Gutachten in Auftrag gegeben haben. Erst nach dessen Eintreffen könne geprüft werden, ob Anklage erhoben wird. Die ägyptische Heimatuniversität hat die Austauschstudentin indes längst zurückgeholt. (jW)